

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/62

Bonn, den 31. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Eine Lanze für das Grundgesetz</u> Modischer Aktivismus bei Reformen unangebracht Von Hermann Schmitz-Vockenhausen, MdB	45
2	<u>I S A N G Y U N</u> Ein Sieg der Vernunft und der Menschlichkeit	45
3	<u>"UdSSR - Land der Touristen"?</u> Moskau hat noch sehr viel nachzuholen	38
4 - 5	<u>Spitzbergen und die Sowjets</u> Moskaus Bekämpfungen um militärischen Einfluß Eindeutige Antwort aus Norwegen KK - Oslo	62

Eine Lanze für das Grundgesetz

Modischer Aktivismus bei Reformen unangebracht

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB

In der letzten Zeit wird immer häufiger die Forderung erhoben, das Grundgesetz müsse einer Generalüberprüfung unterzogen werden. Es ist geradezu Mode geworden festzustellen, daß unsere Verfassung - obwohl sie in diesem Jahre doch gerade erst zwanzig Jahre jung wird - bereits veraltet und aufgrund der raschen Entwicklung der modernen Industriegesellschaft von Grund auf Überholungsbedürftig sei.

Nun ist es sicher richtig, daß einzelne Bestimmungen des Grundgesetzes Änderungs- oder ergänzungsbedürftig sind; ich verweise nur auf die dringliche Reform der Finanzverfassung. Wie könnte dies auch anders sein angesichts der sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und der immer neu auf den Staat zukommenden Aufgaben. Die Diskussion sollte aber jeweils von den einzelnen, sich konkret stellenden Problemen ausgehen, denen es mit begründeten Reformmaßnahmen zu begegnen gilt. Ich möchte dagegen dringend vor einer erneuten Grundsatzdiskussion über unsere Verfassung warnen.

Wir sollten in den Grundfragen der Verfassung nicht in einen modischen Aktivismus verfallen. Wer ohne Not die Totalrevision unserer Verfassung fordert, auch wer sich gutwillig in eine solche Grundsatzdiskussion einläßt, sollte erkennen, daß damit auch all die Elemente der Verfassung infrage gestellt werden, die sich in der Geschichte der Bundesrepublik durchaus bewährt haben und auf denen die Stabilität unserer freiheitlichen Demokratie beruht. Das Grundgesetz ist die beste und demokratischste Verfassung, die unser Land je hatte. An ihr sollte nicht ohne Grund herumexperimentiert werden.

Ich plädiere hier nicht für konservatives Festhalten an überholten Ordnungen, sondern allein für vernunftgemäße Politik. Das Bekenntnis der Vereinigten Staaten zu ihrer fast zweihundertjährigen, im Kern unveränderten Verfassung, sollte uns zu denken geben. In Anbetracht der großen Bedeutung, die der Verfassung als Rahmenordnung für das politische Leben eines Landes zukommt, muß von jedem, der Verfassungsreformen fordert, erwartet werden, daß er im konkreten Einzelfall den Beweis für deren praktische Notwendigkeit erbringt. Die Erfahrungen aus unserer politischen Vergangenheit sind doch zu bitter, als daß wir die mit dem Grundgesetz geschaffene demokratische Ordnung unseres Staates durch wenig fundierte und verschwommene allgemeine Reformvorstellungen noch einmal leichtfertig aufs Spiel setzen sollten.

Eine Generaldebatte über die Neugestaltung unserer Verfassungsordnung würde sich darüber hinaus in die Breite verlieren und dazu führen, daß die politischen Kräfte nicht für die hier und heute notwendigen Reformen aktiviert werden. Es gilt immer noch das alte Wort: Wer alles will, wird am Ende nichts erreichen. Konzentrieren wir uns also auf die dringlichen Reformaufgaben, die ja teilweise überlange zur Debatte stehen, die wir lösen müssen und - davon bin ich überzeugt - die wir im Rahmen dieser Verfassung lösen können.

I S A N G Y U N

Ein Sieg der Vernunft und der Menschlichkeit

sp - Der bedeutende südkoreanische Komponist Isang Yun ist fast zwei Jahre nach seiner Entführung aus der Bundesrepublik nach Westberlin zurückgekehrt. Mit 16 seiner Landsleute war er 1967 nach Seoul entführt und in einem Spionage-Prozeß zum Tode verurteilt worden. Nach langen Verhandlungen zwischen der südkoreanischen Regierung und der Bundesregierung wurde in einem Wiederaufnahmeverfahren die Todesstrafe zunächst in eine lange Gefängnisstrafe umgewandelt, der dann die Begnadigung folgte. Außer einem der damals aus der Bundesrepublik entführten Südkoreaner, denen man ebenfalls Spionage zu Gunsten Nordkoreas vorgeworfen hatte, befinden sich jetzt alle seinerzeit Angeeschuldigten und Verurteilten wieder in Freiheit. Die meisten von ihnen sind in die Bundesrepublik zurückgekehrt.

Isang Yun war der prominenteste von ihnen; auf sein Schicksal konzentrierten sich die zahlreichen Protestkundgebungen, die seinerzeit in der Bundesrepublik von studentischen und anderen Organisationen durchgeführt wurden. In diesen Kundgebungen forderte man den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südkorea, die Einstellung der Entwicklungshilfe und andere "Sanktionen". Der Bundesregierung, und in diesem Falle besonders Bundesaußenminister Willy Brandt, wurden Leisetreteri und noch schlimmeres vorgeworfen. Der Bundesaußenminister hat damals natürlich sofort die Tätigkeit südkoreanischer Geheimagenten auf dem Gebiet der Bundesrepublik öffentlich verurteilt. Er weigerte sich jedoch, den berechtigten aber emotional bedingten Sanktionsforderungen nachzugeben. In einem mühseligen Verhandlungsvorhaben wurde dagegen die südkoreanische Regierung darauf hingewiesen, daß die Entführung der Südkoreaner aus der Bundesrepublik die Beziehungen zwischen Seoul und Bonn trübe und daß die Verletzung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland durch südkoreanische Geheimagenten einen unfreundlichen Akt darstelle. Beobachter aus der Bundesrepublik wohnten den Prozessen bei; in zahlreichen Demarchen wurde schließlich erreicht, daß die harten Urteile revidiert und die Verurteilten später begnadigt wurden.

Nach der Rückkehr von Isang Yun wird es hoffentlich möglich sein, auch für den letzten entführten Südkoreaner eine Regelung herbeizuführen, die das Verhältnis zwischen Bonn und Seoul wieder in jeder Beziehung normalisiert. Es hat sich gezeigt, daß Beharrlichkeit und zielstrebiges Bemühen auch in solch schwierigen Situationen, wie sie durch die Entführung der Südkoreaner aus der Bundesrepublik entstanden waren, mehr erreicht worden ist, als dies jemals durch noch so berechtigten Protestaktionen möglich gewesen wäre. Hier standen menschliche Schicksale auf dem Spiel, es mußten Menschenleben bewahrt werden. Daß dies dem Außenminister gelungen ist und daß auch die südkoreanische Regierung schließlich einen Weg zur Überwindung des Konfliktes zwischen Bonn und Seoul beschreiten konnte, darf mit Genugtuung registriert werden.

+ + +

"UdSSR - Land der Touristen"?

Moskau hat noch sehr viel nachzuholen

HB - er. "UdSSR - Land der Touristen" - so überschreibt die von der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik herausgegebene Zeitschrift "Sowjetunion heute" eine Meldung über die Entwicklung des Ausländerverkehrs in der Sowjetunion. Danach haben nahezu zwei Millionen ausländische Touristen im Laufe des letzten Jahres 500 Kurorte und rund 100 Städte in allen fünfzehn Unionsrepubliken besucht. Mit besonderer Genugtuung vermerkt die Zeitschrift, daß die Zahl der ausländischen Touristen sich jährlich um etwa 20 bis 25 Prozent erhöhe, was weitaus günstiger sei als in anderen Touristenländern der Welt. Auch die Unionsrepubliken - so "Sowjetunion heute" - seien an der Steigerung des Tourismus stark interessiert, weil ihnen 10 Prozent der Valuta-Einnahmen von "Intourist" (staatliche Fremdenverkehrsorganisation) zugesichert seien. Zur Zeit würden in der UdSSR 35 Großhotels, aber auch zahlreiche Motels und Campingplätze angelegt.

Diese Nachrichten sind fraglos erfreulich und in jeder Beziehung zu begrüßen, denn gerade der Tourismus kann viel zum gegenseitigen Verständnis der Völker beitragen. Dennoch: Ein typisches Land der Touristen ist die Sowjetunion heute noch nicht, denn "nahezu zwei Millionen ausländische Touristen" sind für ein Land von der Größe der Sowjetunion doch recht bescheiden, wenn man bedenkt, daß die Bundesrepublik und Westberlin laut Statistischem Jahrbuch 1968 allein im Sommerhalbjahr 1967 rund 4,7 Millionen ausländische Gäste mit 9,7 Millionen Übernachtungen zu verzeichnen hatte. Allein im Winterhalbjahr 1966/67 wurden 1,8 Millionen Ausländer mit 4,1 Millionen Übernachtungen gezählt. Was dabei allerdings besonders bedauerlich ist: Im Sommerhalbjahr 1967 zählte die Bundesrepublik leider nur 5.000 Sowjetbürger als Besucher mit 12.000 Übernachtungen. Das ist die geringste Zahl, die die bundesamtliche Statistik überhaupt für ein größeres Land verzeichnete. Immerhin: Ein leichtes Ansteigen ist registriert worden, denn im Sommerhalbjahr 1965 gab es nur 3.994 Ankünfte und 11,5 Millionen Übernachtungen von Bürgern der UdSSR.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Das Ansteigen der Ausländertouristik in der Sowjetunion, an der auch Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland Anteil genommen haben, ist unbedingt erfreulich. Zufrieden mit der touristischen Entwicklung wird man aber sicherlich erst dann sein können, wenn der Strom der Menschen relativ gleichmäßig in beide Richtungen geht.

+ + +

Spitzbergen und die Sowjets

Moskaus Bemühungen um militärischen Einfluß Eindeutige Antwort aus Norwegen

KK - Oslo

Die Inselgruppe Spitzbergen, auch Svalbard genannt, steht unter norwegischer Verwaltung. Aber sie entmilitarisiert. An der Kohlenförderung, die, wenn auch in geringem Maße, auf Spitzbergen vorkommt, sind die dort wohnenden Norweger und Russen beteiligt, ebenso an den anderen Nahrungszweigen wie Fischfang und Jagd. Nach dem Traktat vom 19. Februar 1920, das zwischen Norwegen, Frankreich, England, Italien, Schweden, Dänemark, Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen worden und nach dem Erlassen der Bergwerksordnung vom 7. August 1925 in Kraft getreten ist, haben die Bürger aller dieser vertragschließenden Länder das gleiche Recht, sich an der Nutzung der Naturvorkommen auf Spitzbergen zu beteiligen. Die Sowjetunion ist dem Traktat im Februar 1924 beigetreten.

Durch die Entwicklung der Waffentechnik und nicht zuletzt durch die militärischen Operationen, die es während des Zweiten Weltkrieges im Nördlichen Eismeer gegeben hat, ist die Inselgruppe stärker in das Blickfeld der Machtgruppen geraten.

Diese Tatsache wurde vor kurzem durch eine Studie unterstrichen, die der sowjetische Fliegergeneral B. Teplinski in der Sowjetzeitschrift "Noue Zeit" veröffentlicht hat. Teplinski behauptet, daß sich die USA immer mehr um Spitzbergen kümmere. Er stützt seine Behauptung auf "Äußerungen in der westlichen Presse" und versucht den Eindruck zu erwecken, daß die strategische Bedeutung Spitzbergens nur von dieser Seite her erkannt worden ist. Auf Spitzbergen ist, stellt Teplinski fest, eine telemetrische Station errichtet worden.

Nun hat der außenpolitische Redakteur der sehr geachteten Zeitung "Norges Handels- og Sjøfartstidende", Bøstrup, zu Teplinskis Ansichten Stellung genommen. Bøstrup weist zunächst die Behauptung zurück

bei der telemetrischen Station handele es sich um eine verkappte militärische Maßnahme der USA, Norwegen brauche nicht daran erinnert zu werden, daß Spitzbergen entmilitarisiert sein und bleiben muß, entsprechend den Verpflichtungen, die Norwegen den Signatarmächten des Traktates gegenüber hat. Hingegen sei es sehr zweckmäßig, darauf zu verweisen, daß gegen das Spitzbergen-Traktat bisher nur von sowjetischer Seite Einspruch erhoben worden ist. Im Herbst 1944 hat die Sowjetunion der norwegischen Regierung vorgeschlagen, das Norwegentraktat durch einen norwegisch-sowjetischen Vertrag zu ersetzen. Der damalige norwegische Außenminister Trygve Lie wurde bei seinem Besuch in Moskau unter harten Druck gesetzt. Die Russen wollten nichts weniger, als gestützt auf ein norwegisch-sowjetisches Abkommen, sowjetische Truppen auf Spitzbergen zu bringen und regelrechte Militärstützpunkte auf der Insel errichten. In Lies Erinnerungen werden die dramatischen Umstände beschrieben, unter denen das Gespräch zwischen ihm und dem damaligen sowjetischen Außenminister Molotow geführt worden ist. Der Druck auf Norwegen hat sich auch nach dem Kriege fortgesetzt. Wiederholt hat Moskau während der Ärgsten Zeit des Kalten Krieges behauptet, Spitzbergen werde zur Stützung des NATO-Bündnisses im Nördlichen Eismeer mißbraucht. "Die Sowjetunion ist das einzige Land, das die Militarisierung Spitzbergens und die Abschaffung der Rechte aller übrigen Signatarmächte gefordert hat" stellt "Norges Handels- og Sjøfartstidende" fest.

Das "Kontakt-Bulletin", das von der norwegischen Organisation "Folk og Försvar" ("Volk und Verteidigung") ausgegeben wird, teilt offiziell mit, daß die telemetrische Station auf Spitzbergen von Norwegen errichtet worden ist und von Norwegen betrieben wird. Die Station sammelt auf elektronischem Wege Daten von Satelliten ein, die von der zivilen Europäischen Raumforschungsorganisation geschossen werden. Dieser Organisation gehört Amerika überhaupt nicht an. Die eingesammelten Daten sind jedoch allen Mitglieder-Ländern der ESRO zugänglich, und dies auf Grund eines Vertrages aus dem Jahre 1965. Auch dies, so meint das Kontakt-Bulletin, hätte General Tebianski "in der westlichen Presse" lesen können.